Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur

Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte

Band: 64 (1984)

Heft: 3

Artikel: An Assad führt kein Weg vorbei : Syriens Aufstieg zu einer nahöstlichen Führungsmacht

Autor: Gysling, Erich

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-164133

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Erich Gysling

An Assad führt kein Weg vorbei

Syriens Aufstieg zu einer nahöstlichen Führungsmacht

Der Bedeutungszuwachs Syriens zählt zu den bemerkenswertesten Entwicklungen in der Krisenregion Nahost seit dem Krieg Israels gegen die PLO im Libanon vom Sommer 1982. An Damaskus und an Präsident Hafez Assad, das zeigt sich immer wieder, führt kein Weg zum Frieden vorbei – aber auch kein Weg zum Krieg oder ein solcher zur Wahrung des prekären Status quo.

Warum ist das so? Syrien ist mit seinen knapp 10 Millionen Einwohnern ja bei weitem nicht die mächtigste Nation in Nahost. Es ist kein Ölexporteur und es ist auch militärisch nicht ganz so stark, wie die Aussenwelt das oft darstellt. Sein Regime stützt sich im Lande selbst auf eine ethnische Minderheit, jene der Alauwiten (etwa 12 Prozent der Gesamtbevölkerung), es wird ideologisch nur von einer kleinen Bevölkerungsgruppe getragen, von den Anhängern der sozialistischen und panarabischen Baath-Partei.

Das Phänomen des Aufstiegs Syriens kann zunächst so erklärt werden: Hafez Assads Regime erfüllt für viele andere Araber eine Ersatzfunktion. Es ist ein sogenannter Frontstaat gegen Israel, und es wird für die Darstellung dieser Rolle von den ölreichen Staaten im arabischen Lager entlöhnt. 1,2 Milliarden Dollar fliessen jährlich von Saudiarabien und von den Golfstaaten nach Syrien, damit das Regime gegenüber einem vielgesichtigen Gegner das Banner des arabischen Patriotismus hochhalten kann.

Der Gegner muss übrigens nicht immer Israel heissen, er ist bisweilen nicht immer ein staatliches Gebilde, sondern er kann, je nach Gegebenheit, auch durch eine bestimmte Wertvorstellung verkörpert werden. Etwas vereinfacht bedeutet dies im Klartext: das arabische Lager benötigt ein Zentrum, das durch militante Worte und Gesten beweist, wie sehr die arabische Gemeinschaft gesamthaft bereit ist, ihre eigene Identität zu verteidigen, und zwar insbesondere gegen die Gefahr der Verwestlichung. Syrien ist prädestiniert für diese Rolle, einerseits aus geographischen Gründen, anderseits aus jener Tradition heraus, die in die Anfangszeiten des arabischen Nationalismus im 19. Jahrhundert zurückreicht. Schliesslich ist der in Syrien entstandene Baath (= Wiedergeburt, das Aufwecken von Toten zum

Leben) in der Region die einzige einigermassen kohärente Ideologie mit panarabischem Inhalt geblieben, auch wenn das Gedankengut der Baath-Gründer Michel Aflak und Salah Bitar immer wieder verwässert, praktischen Gegebenheiten angepasst und durch den Bruderzwist zwischen Syrien und Irak pervertiert wurde.

Der gemeinsame Gegner

Betrachtet man die syrisch-panarabische Achse von einer eher abstrakten Ebene aus, so erkennt man: der gemeinsame Gegner steht im Libanon, und zwar als Kombination von Kräften, die allesamt, in den Augen der moslemischen Araber, pro-westlich oder verwestlicht sind. Dazu zählen die Israeli, die libanesischen Maroniten sowie die Amerikaner als Financiers und Waffenlieferanten der Israeli und in der Form des 1800 Mann starken Truppenkontingents in und vor Beirut. Das Zustandekommen dieser Allianz wird übrigens im arabischen Lager sehr oft nicht nur als Resultat historischer Entwicklungen gesehen, die bis in die Entstehungszeit der Interessengemeinschaft zwischen Maroniten und Westeuropäern, insbesondere den Franzosen, zurückverfolgt werden kann und in deren Zeichen schliesslich der Libanon als Staat entstand. Nein, diese Allianz von verwestlichten Kräften erkennt das arabische Lager viel eher als Produkt einer Verschwörung. Syriens Aufgabe ist es nun, ungeachtet der vielschichtigen Risse innerhalb des arabischen Lagers, als Vorkämpfer gegen diese Verschwörung aufzutreten. Aus diesem Grunde sind Regimes wie jenes von Saudiarabien, jene der Golfstaaten und in verklausulierter Form auch die Regierung Ägyptens keineswegs dagegen, dass Syrien mit ungefähr 50 000 Mann im Libanon geblieben ist. Syrien hilft mit, so zumindest die allgemein verbreitete arabische Interpretation, dem Libanon seinen arabischen Charakter zu bewahren.

Auch kommt in den Beziehungen Syriens zu seiner arabischen Umwelt über die abstrakten Interessenparallelen noch etwas Handfestes hinzu, das der Westen meistens übersieht: die familiäre Bindung zwischen der Familie des Präsidenten Assad und dem saudischen Königshaus. Einer der einflussreichsten Männer Saudi-Arabiens, Kronprinz Abdullah, ist mit einer Nichte des syrischen Staatschefs verheiratet. Im weiteren Umfeld des saudischen Königshauses gibt es eine Anzahl weiterer Bindungen dieser Art mit den Syrern. So treffen sich trotz angeblicher Gegensätze der Weltanschauung immer wieder Saudis mit den Syrern im trauten Familienkreise und besprechen die Angelegenheiten der Region mit der Bereitschaft zu Einigkeit. Daher täuschen sich die USA, wenn sie auf eventuellen saudiarabischen Druck gegen Syrien setzen.

Saudis und Syrer tragen zwar bisweilen familieninterne Zwiste aus (etwa an der islamischen Gipfelkonferenz im Januar in Casablanca, als es um die Frage der Wiederzulassung Ägyptens ging), aber sie stehen nach aussen hin meistens doch in engem Schulterschluss zusammen. Meistens gleicht das Verhalten der beiden Regimes jenem Schema, das besagt: Ich gegen meinen Bruder; mein Bruder und ich gegen den Rest der Familie; ich, mein Bruder und der Rest der Familie gegen die übrige Welt.

Bindung zu Iran

Syriens Stellung innerhalb der nahöstlichen Umwelt hängt allerdings nicht nur von den Beziehungen mit Saudiarabien und den Golfstaaten ab: immer wesentlicher ist in den letzten zwei Jahren die Bindung zu Iran geworden, die ihrerseits wieder im Zusammenhang mit Syriens Rivalität gegenüber Irak gesehen werden muss. Materiell hat die Interessengemeinschaft zwischen Damaskus und Teheran folgende Resultate gebracht: Iran liefert Syrien täglich mindestens 150 000 Fass Erdöl zu einem um 3 Dollar reduzierten Preis. Das ergibt für Syrien Einsparungen von etwa 160 Millionen Dollar pro Jahr. Zusätzlich schenkt Iran Syrien jährlich etwa eine Million Tonnen Erdöl. Jede Woche besuchen tausend iranische Touristen – als Pilger – Syrien. 1000 bis 1500 iranische Revolutionsgardisten sind in der von Syrien kontrollierten libanesischen Bekaa-Ebene stationiert. Umgekehrt liefert Syrien Waffen sowjetischer Provenienz an Iran und hindert Irak daran, sein Erdöl durch jene Pipeline zu exportieren, die syrisches Territorium durchquert.

Über die politischen Gemeinsamkeiten hinaus verbindet Syrien mit Iran ein imaginärer Feind, jener der Macht der westlich-israelischen Interessensallianz nämlich, die in der Verschwörungstheorie ins Gigantische gesteigert wird, wobei zu beachten ist: Iran geht mit beeindruckender Zielstrebigkeit an diesen Kampf gegen die Windmühlen heran, während Syrien innerlich zerrissen ist zwischen Krieg und geistigem Frieden. Denn ebenso stark wie die Obsession um den Patriotismus ist in Syrien die Vorliebe für westliche Lebensweise; beide Tendenzen liegen phasenweise in einem für die Beteiligten selbst nur schwer durchschaubaren Konflikt.

Bürgerliches Damaskus

Damaskus ist eine im Wesen ihrer tonangebenden Schicht nach wie vor bürgerliche, ja beinahe Frankreich zugewandte Stadt. Die Bourgeoisie

wurde durch Assads Politik der «Korrektur», vollzogen zu Beginn der siebziger Jahre mit dem Ziel, die Privatinitiative zu fördern, wieder in Teilbereiche ihrer alten Rolle eingesetzt. Seit dem Libanon-Krieg entwickelte sich Damaskus zu einem Ersatz-Beirut, was das nahöstlich-internationale Bankengeschäft und die Nachtklubs betrifft. All diese Entwicklungen widersprechen zwar der Ideologie der regierenden Baath-Partei, aber das stört in Damaskus offenbar niemanden.

Die durch die «Korrektur» geschaffenen materiellen Anreize genügten allerdings nicht, um der Baath-Partei und den sie weitgehend dominierenden Alauwiten eine breite Unterstützung durch die sunnitische Mehrheit und die christliche Minderheit (etwa 18 Prozent der Gesamtbevölkerung) zu sichern.

Als in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre die syrischen Moslem-Brüder zum Kampf gegen Assads Regime rüsteten – das sozialistische Baath-Regime wurde als Verräter gegenüber den religiösen Verpflichtungen gebrandmarkt und die Alauwiten als «Ketzer» abgestempelt –, gab es Anzeichen für das Entstehen einer Allianz zwischen den Fundamentalisten und der Bourgeoisie. Diese Zeichen intensivierten sich zu Beginn der achtziger Jahre, aber 1982 fand die Annäherung ein abruptes Ende: als Hafez Assad und dessen Bruder, Rifaat Assad, den Aufstand der Moslem-Brüder in der Stadt Hama ohne Rücksicht auf Verluste zerschlugen – Beobachter schätzen die Zahl der Todesopfer in Hama auf 10 000 bis 30 000 –, distanzierte sich das verschüchterte Bürgertum von allen Möchtegern-Verschwörern. Seither hat das Regime Hafez Assads im Innern Syriens wieder sichtbar an Selbstvertrauen gewonnen.

Das zeigt sich am deutlichsten an der teilweisen Zurücknahme von Sicherheitsmassnahmen im Stadtbild von Damaskus: weniger Milizionäre fuchteln dem Ausländer bei jeder möglichen und unmöglichen Gelegenheit mit ihrem – hoffentlich gesicherten – Gewehr vor dem Gesicht herum, und viele jener Mauern, die als Schutz gegen Bombenattentäter vor Ministerien und anderen wichtigen Gebäuden hochgezogen worden waren, sind nunmehr bis auf kleine Sockel wieder abgerissen worden.

Respektierte Spielregeln

Das Regime zeigt damit, dass es sich gegenüber allen noch denkbaren Gruppierungen einer (natürlich verbotenen) Opposition überlegen fühlt, ungeachtet drastisch angestiegener Spannungen mit dem militärisch nahegekommenen Amerika, ungeachtet der israelischen Besetzung des Südlibanon und der Differenzen mit den PLO-Kontingenten Yassir Arafats.

Im übrigen ist es den Syrern ja gelungen, die Mehrheit der Unterorganisationen der Palästinensischen Befreiungsbewegung unter ihre Kontrolle zu bringen: sie operieren von Damaskus aus und halten sich somit auch an die vom Regime Hafez Assads festgelegten Spielregeln. Zu diesen gehört, dass keine Aktionen über die direkte syrisch-israelische Grenze hinweg ausgeführt werden können, dass am Golan, bei Kuneitra, jene Ruhe weiterbestehen soll, für die Assad sich schon seit 1973 ohne Unterbrechung verbürgt. Gegen Israel wird zwar geredet und geschrieben, aber Israel soll, so will es das Regime, auf keinen Fall zu einer direkten militärischen Aktion provoziert werden.

Das syrisch-sowjetische Bündnis

Über das in Damaskus vorliegende Dispositiv für den Fall, dass dies aufgrund unvorhersehbarer Ereignisse doch einmal geschähe, rätseln die ausländischen Diplomaten – während die Syrer selbst sich in Schweigen hüllen. Gegenstand des Rätselns ist der syrisch-sowjetische Freundschafts- und Beistandsvertrag. Er hat, darüber besteht kein Zweifel, nach dem Krieg des Sommers 1982 im Libanon – bei dem Syrien mehrere hundert Tanks, 86 Kampfflugzeuge und Hunderte von Menschenleben verlor – zu einer relativ starken Wiederaufrüstung Syriens mit sowjetischen Waffen geführt. Die Arsenale Assads wurden so weit modernisiert, dass Verteidigungsminister Mustafa Tlas sich rühmen konnte, der Negev im israelischen Süden läge jetzt «im Bereich unserer Projektile». Syrien bekam neue Raketen, etwa 160 Kampfflugzeuge (teilweise vom hochentwickelten Typ MiG-23) und ungefähr 800 Panzer vom Typ T-72, welche die veralteten Geräte vom Typ T-54 und T-55 ersetzen. Der Wert der von den Sowjets nach dem Krieg von 1982 gelieferten Waffen wird auf 2 Milliarden Dollar geschätzt. Die Syrer sollen, so wird allgemein angenommen, dafür mit jenem Geld bezahlt haben, das sie von den ölreichen «Konservativen» des arabischen Lagers bekommen haben.

Die syrisch-sowjetischen Beziehungen sollten dennoch mit Zurückhaltung beurteilt werden. Assad schloss 1980 seinen Pakt mit dem Kreml nicht aus ideologischen Überlegungen heraus, sondern einzig und allein aufgrund der Erkenntnis, dass Syrien innerhalb der arabischen Welt in die Isolation geraten war und ihm niemand anders als die Sowjets jene Waffen liefern würden, die er für die Behauptung der von ihm selbst definierten Rolle Syriens benötigte.

Als die Sowjets im Gegenzug von Syrien die Nutzungsrechte für eine Flottenbasis in Lattakia forderten, sagte Assad Nein. Er setzte sich im

übrigen mehrmals über sowjetische Wünsche in Nahost hinweg (so 1976, als er das syrische Truppenkontingent, entgegen den von Gromyko vorgetragenen Vorstellungen, in den Libanon entsandte; so auch 1982 beim Konflikt um Yassir Arafat in der PLO), und er verhielt sich stets vorsichtig, wenn es um die Möglichkeiten eines direkten militärischen Engagements der Sowjets ging. 1982, nach dem Libanon-Krieg, stellten mehrere westliche Militärattachés in Damaskus mit einigem Erstaunen fest, dass im Verlauf des Konflikts keine neuen sowjetischen Waffen eingesetzt wurden, ja dass Panzer, die bei Kämpfen in der Bekaa beschädigt worden waren, nach Syrien zurückgeholt, dort repariert und wieder in den Libanon zurücktransportiert wurden. Das sogenannte «Pre-Stocking», die Lagerung sowjetischer Waffen in Syrien (als Bestandteil des syrisch-sowjetischen Abkommens), soll somit entweder von untergeordneter Bedeutung sein oder nur unter Umständen zum Tragen kommen können, die bis jetzt nicht eingetreten sind.

Assads Zurückhaltung

Als ich im Oktober letzten Jahres Assad in Damaskus interviewte, stellte ich ihm die Frage: Halten Sie es für denkbar, dass Sie die Sowjetunion um eine direkte militärische Unterstützung ersuchen könnten? Assad blieb in seiner Antwort vorsichtig. Sie lautete so: «Bis jetzt haben wir nicht erwartet, dass wir eine solche Unterstützung verlangen müssten. Anderseits sind wir aber in ständigem, gegenseitigem Kontakt, und beide Partner, Syrien wie die Sowjetunion, bringen bei ihren Gesprächen die ihnen wichtig erscheinenden Themen vor.»

Für Europäer mag das verschlungen klingen, für den Sprachgebrauch des Nahen Ostens aber ist die Aussage klar: es war eine Warnung, ausgesprochen in erster Linie an die Adresse der Vereinigten Staaten, sich in Nahost zurückzuhalten – andernfalls würde Syrien seine Bindung mit dem Kreml auf diese oder jene Weise intensivieren. Die Schwelle anderseits, jenseits welcher Assad die Sowjets um mehr als nur um Waffen bitten würde, wäre wohl erreicht, wenn syrische Einheiten in Syrien selbst und nicht nur im Libanon in Kampfhandlungen verwickelt würden.

Forderungen an Libanon

Vom Libanon fordert Hafez Assad Handlungen und Bekenntnisse zugunsten einer «arabischen Identität», was im Klartext heisst, dass die Ma-

roniten ihre dominierende Rolle abbauen und sich die Macht mit den libanesischen Schiiten, Sunniten, Drusen und möglicherweise auch den Christen anderer Bekenntnisse teilen sowie sich vom Abkommen mit Israel vom Mai 1983 distanzieren müssten.

Würde Syrien unter solchen Voraussetzungen dann aber wirklich seine Truppen aus dem Libanon zurückziehen? Der Not gehorchend vielleicht ja, auch wenn eine solche Bewegung den Interessen Assads zuwiderläuft. Die Anwesenheit der syrischen Truppen im Libanon rechtfertigt zu einem guten Teil die Rolle Syriens als «Frontstaat», und diese Rolle wiederum wird durch jene 1,2 Milliarden Dollar aus saudischen und Golf-Quellen vergoldet. Die Rückgriffsmöglichkeiten auf das 50 000 Mann starke Libanon-Kontingent (Gesamtstärke der syrischen Streitkräfte: etwa 275 000 Mann) ist ausserdem für das Regime eine Versicherung, ein Instrument für den Fall, dass irgendwo der Machtbereich bedroht würde. Dazu kommt, dass es für Syrien problematisch wäre, 50 000 Mann auszumustern und wirtschaftlich einzugliedern. So versucht Hafez Assad, seine Truppen so lange als möglich im Libanon zu halten und damit unvorhersehbare Risiken zu vermeiden.

USA–Syrien: Mehr Spannung als nötig

Dies führt anderseits zur Frage, ob die in den letzten Monaten eingetretene Entwicklung unvermeidbar gewesen ist, ob es keine Möglichkeiten zum Abbau der Spannungen um Syrien gegeben hat. Der Schlüssel zu einer Antwort auf diese Frage liegt bei den USA: Washington hatte in der Tat eine Chance, die syrische Position aufzuweichen, als Philip Habib das Abkommen um einen Truppenrückzug aus dem Libanon durch Pendeldiplomatie aushandelte. Damals wurde Syrien, entgegen den Ratschlägen amerikanischer Nahost-Experten wie Ex-Botschafter Robert G. Neumann, links liegen gelassen. Das Damaszener Regime erhielt Auskunft über die beabsichtigten Schritte bestenfalls inoffiziell, durch Mitteilung der US-Botschaft, niemals aber in der Form einer direkten Unterrichtung auf Regierungsebene. Die Diplomatie der USA setzte sich damals über elementare Umgangsformen in der arabisch-nahöstlichen Welt hinweg (möglicherweise nicht unabsichtlich); das haben die Berater des Präsidenten und die Kabinettsmitglieder bis heute nicht vergessen.

In dieser Gekränktheit liegt, mindestens zu einem gewissen Teil, der Grund für das Nichtzustandekommen eines echten Dialogs zwischen dem Übergangs-Nahost-Diplomaten der USA, Robert McFarlane, und dem syrischen Regime, wie auch für den frostigen Empfang, der später Donald Rumsfeld in Damaskus bereitet wurde.

In bezug auf die arabischen Höflichkeitsregeln spiegelbildlich umgekehrt vollzog Assad dann den Empfang für den schwarzen Bewerber um die Präsidentschaftskandidatur der Demokraten, Jesse Jackson, und die Prozedur der Freilassung des gefangenen amerikanischen Piloten: das war die Quittung für die Umgangsformen Philip Habibs und dessen Auftraggeber, die Administration des Präsidenten Ronald Reagan. Es war zudem eine Geste, die der Aussenwelt zeigen sollte, dass Assad nicht der «Bösewicht» sei, von dem Washington immer wieder sprach.

In einem Beitrag für «Foreign Affairs» (Winter 1983/84) vertrat der genannte Robert G. Neumann die Ansicht, Assad würde um so stärker, je mehr Druck die USA auf Syrien auszuüben suchten. Er setzt ausserdem den Bedeutungszuwachs Syriens in direkten Zusammenhang mit dem Krieg Israels im Libanon vom Sommer 1982.

Diese These führt zurück zur Erwägung, von der dieser Beitrag ausging: je härter die Front der Feinde, desto stärker wird der demonstrative Zusammenhalt innerhalb der arabischen Gemeinschaft, desto offenkundiger setzt sich in der zuvor zitierten «Lebensregel» die dritte Variante durch, die besagt: Ich, mein Bruder und der Rest der Familie gegen die übrige Welt. Assad kann von diesem Mechanismus profitieren, während er im Innern Syriens seine Macht durch eine raffinierte Kombination von Flexibilität und Brutalität, die bis zur Zerstörung einer ganzen Stadt gehen kann, befestigt.

«Im Libanon gibt es nur eine einzige ausländische Armee, nämlich jene Israels. Die Syrer und die Libanesen sind e i n Volk, sie sind Araber. Wir haben dieselbe Sprache und dieselbe Geschichte. Trotzdem haben wir uns nicht aus eigenem Antrieb im Libanon engagiert, sondern erst auf Ersuchen der libanesischen Regierung. Der Libanon hat syrische Truppen angefordert, um bei der Beendigung des Bürgerkriegs der Jahre 1975 und 1976 zu helfen.»

Assad (Gespräch mit dem Verfasser)